

Viel Arbeit für die LDP



von Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein

Noch immer freuen wir uns über den Erfolg bei den Grossratswahlen. Wir haben unseren Einfluss in den Kommissionen gestärkt, weil wir neu mit je zwei Vertretern mitarbeiten können. Bereits haben sich Fraktionsmitglieder mit guten Voten oder Vorstössen bestens in Szene setzen können. Auch unser Regierungsrat hat seine erste Bewährungsprobe glänzend bestanden: Sein Auftritt mit einer Rede vor den Mitgliedern der Gesamtkonferenz der Lehrerinnen und Lehrer (früher Synode) kam ausgesprochen gut an; das sagten gleich mehrere Lehrkräfte. Können wir dar-

aus folgern: Alles bestens? Nein, es wartet viel Arbeit auf uns!

BGR: Ihr Einsatz ist nötig

Da sind die Wahlen in den Bürgergemeinderat vom 21. Mai 2017. Wir haben eine Liste mit sehr guten Kandidaturen, was schon bei den Grossratswahlen entscheidend für den Erfolg war. Das genügt aber noch nicht. Wir brauchen den Einsatz aller, der Kandidatinnen und Kandidaten und von Ihnen, liebe Parteimitglieder und Sympathisierende. Jede Stimme zählt. Es gilt auch jetzt, alle Verwandten, Bekannten und alle anderen zu überzeugen und motivieren, die Liste 3 LDP einzulegen. Bitte helfen Sie alle mit, dass wir nach dem Erfolg in den Grossratswahlen auch in der Bürgergemeinde gewichtig mitreden können. Vor sechs Jahren bei den letzten Wahlen haben wir leider kein so gutes Resultat erzielt, wir müssen uns verbessern; mit Ihrer Unterstützung gelingt dies.

Bedrohte Universität

Fast zwei Jahre sind vergangenen, seit der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft verkündet hat, bei der Universität müsse der eigene Beitrag um 25 Millionen Franken pro Jahr gesenkt werden. Offenbar haben die Verhandlungen zwischen den Regierungen beider Basel noch zu keinem Resultat geführt. Das ist schlecht für die Universität. Es herrscht ein Klima der Verunsicherung. Die aufgezwungene vorsichtige Ausgabenpolitik ist nicht nur für die von Sparmassnahmen direkt Betroffenen schwierig, auch weitere Kreise wissen nicht, ob langfristige Projekte noch durchgeführt werden können. Die zum Teil schrillen Töne aus Kreisen der SVP und FDP Basel-Landschaft und das Fehlen eines klaren Bekenntnisses zu einer starken Volluniversität Basel seitens des Regierungsrats Basel-Landschaft stimmen nicht zuversichtlich. Unverschämte erscheint das Anliegen, einerseits deutlich weniger bezahlen zu wollen als Basel-Stadt und andererseits über gleich viele Mitglieder im Universitätsrat verfügen zu wollen und erst noch das Präsidium zu stellen. Die LDP hat sich seit jeher ohne Wenn und Aber für eine starke Universität eingesetzt. Wir werden das auch in Zukunft tun. Es darf nicht sein, dass die Finanzlage des Partnerkantons und die Prioritätensetzung bei den Ausgaben dazu führen, dass unsere gemeinsame Universität beschädigt wird.

Arbeitsplätze – auch für über 50-jährige!

Für den Erhalt der Arbeitsplätze und die Schaffung von zusätzlichen Stellen sind viele Voraussetzungen nötig. So müssen wir relativ rasch eine Lösung

Meinungs-Bildung

Ein wesentlicher Teil der Fraktionsarbeit ist die Meinungsbildung. Soweit, so gut. Aber wie geht das konkret vor sich? Welches sind die Chancen und Risiken eines solchen politischen Meinungsbildungsprozesses? Rund zwei Wochen vor der Grossrats-Sitzung verschiebt der Parlamentsdienst die vom Ratsbüro verfasste Liste der Geschäfte, vulgo als „Krüzlistich“ bekannt, an die Fraktionspräsidenten. Als Fraktionspräsident ist es meine Aufgabe, die Geschäfte den einzelnen Fraktionsmitgliedern zuzuteilen. Viele Zuteilungen sind klar, zum Beispiel auf Grund beruflicher Fachkenntnisse, bisheriger Vorstösse oder der Mitgliedschaft in einer der Grossrats-Kommissionen. Jedes der fünfzehn Fraktionsmitglieder befasst sich nun intensiv mit seinen Geschäften, recherchiert, führt Gespräche, sammelt Argumente pro und contra zu einem Ratschlag der Regierung, einem Anzug oder einer Motion. Das ist sozusagen die Phase der individuellen Meinungsbildung. Jede und jeder vertritt nun diese seine Meinung und Argumente in der Fraktionssitzung am Montagabend vor der Grossrats-Sitzung. Da kann es zu schnellem Konsens, zu unterschiedlichen Meinungen oder auch mal zu heftigen Diskussionen kommen. Meistens gelingt es uns aber, immer auf der Grundlage unserer Liberal-Demokratischen Grundhaltung, eine gemeinsame Meinung zu bilden. Diese wird dann im Rat von einer Fraktionssprecherin oder -sprecher vertreten, oft durch Einzelvoten ergänzt und unterstützt. Wir haben für uns die Regel definiert, dass letztlich jede und jeder bei den Abstimmungen dem eigenen Gewissen folgt, aber im Rat nicht gegen die Meinung der Fraktionsmehrheit votiert.

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt

Die Präsidentin: Viel Arbeit für die LDP	1
Der Fraktions-Chef: Meinungsbildung	1
Veloring: Nein zum unnötigen Luxusprojekt	2
Alkoholausschank in Jugendbetrieben: Sinnvolle Lockerung statt Verbotskultur	3
Verkehrs-Initiativen eingereicht	3
Energiestrategie 2050: Höchst umstrittene Vorlage	4
Spezial: Wahlen in den Bürgergemeinderat	5
- Die Kandidierenden (I)	6
- Die Kandidierenden (II)	7
- Unsere Argumente	8
LDP Riehen/Bettingen: Daniel Hettich strebt Sitz im Gemeinderat an	9
Für das lokale Gewerbe	9
Aus dem Nationalrat: Eine turbulente Session	9
Jungliberale: GV der Jungliberalen:	
Neu Mitglied der Jungfreisinnigen Schweiz	10
Wir können auch Fasnacht	10
Gesundheitspolitik beider Basel: Ja zur Schaffung einer gemeinsamen Spitalgruppe	11
Wildes von Regierungsrat und Parlament	12

haben, weil die geplante neue Besteuerung der Unternehmen vom Volk abgelehnt worden ist. Die Vorschriften des Kantons müssen dauernd auf ihre Verträglichkeit für Gewerbe und übrige Wirtschaft überprüft werden, damit die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen weiterhin attraktiv bleibt. Es darf nicht sein, dass es für Berufsleute mit grosser Erfahrung, die ihre Stelle im Alter von 50 und mehr Jahren verloren haben, derart schlechte Aussichten gibt, wieder eine Stelle zu finden. Hier sind Wirtschaft und Staat gefordert, Lösungen zu suchen. Die LDP hat das Thema aufgenommen - und eines ist sicher: Wir bleiben dran.

Unhaltbare Vergabe

Bei der Vergabe von staatlichen Aufträgen schaut das Bau- und Verkehrsdepartement praktisch nur auf den Preis. Wer am billigsten anbietet, erhält den Zuschlag. Dass diese Praxis auch schief gehen kann, hat sich mehrfach gezeigt, am deutlichsten – und für den Kanton am teuersten – beim Theater Basel und den Elektro-Installationsaufträgen. Die Tessiner Firma war nicht in der Lage, vertragskonform zu liefern. Die Nachbesserungen musste durch andere vorgenommen werden. Mit einem Vorstoss im Grossen Rat möchte die LDP eine Korrektur. Es geht nicht um „Heimatschutz“ für unser Gewerbe, es

geht um die Berücksichtigung aller Kriterien für die Vergabe, wie etwa Service-Dienstleistungen nach Abschluss, Ausbildung von Berufsnachwuchs, Umweltschutz, Sozialverhalten etc. Wir sind gespannt auf die weitere Behandlung dieses LDP-Anzuges im Grossen Rat und dann auch in der Regierung.

Ihr Input ist wichtig

Das sind selbstverständlich nicht die einzigen Tätigkeitsfelder unserer Partei in den nächsten Wochen und Monaten. Die Beispiele zeigen aber unsere Entschlossenheit, wichtige Themen aufzugreifen und unseren Standpunkt einzubringen. Für Ihre

Fortsetzung von Seite 2

Heikel und anspruchsvoll ist die Spontan-Meinungsbildung während laufender Debatte. Es kann vorkommen, dass uns ein gutes Votum aus einer anderen Fraktion zum Umdenken bringt. So, wie auch wir hoffen, mit unseren Voten andere auf unsere Seite zu bringen. Dann ist eine hektische Spontan-Meinungsbildung im Ratssaal angesagt, anspruchsvoll aber spannend!

*Fraktionspräsident
Michael Koechlin*

wertvolle Unterstützung bin ich Ihnen sehr dankbar und denken Sie bitte daran – Ihre Anliegen nehmen wir gerne entgegen!

**Veloring-Initiative:
NEIN zum unnötigen Luxus-Projekt**

Am 21. Mai stimmen wir über die „Veloring-Initiative“ ab. Sie verlangt, eine ungefähr 10 km lange, um das Stadtzentrum von Basel herumführende „Komfort-Velostrecke“ einzurichten. Auf ihr sollen dann die Velofahrer nebeneinander fahren können und Autos sollen sie dabei nicht stören. Auch haben die Velofahrer (ausser gegenüber dem öffentlichen Verkehr) stets Vortritt. Der Rechtsvortritt wird also de facto aufgehoben. Diese Strecken werden als „Fahrradstrassen“ bezeichnet und es soll in der Regel Tempo 30 gelten. Bisher ist die Streckenführung des Velorings nur zu gut der Hälfte festgelegt. Kosten soll das Projekt CHF 25 Mio.



von Grossrat Heiner Vischer, Co-Präsident des Komitees „NEIN zum unnötigen Luxus-Veloring“

Der Grosse Rat hat das Geschäft ohne Vorberatung in seiner Fachkommission (UVEK) beschlossen, was damals heftig kritisiert wurde. In der Folge haben dann die LDP mit der SVP, dem ACS, TCS, Gewerbeverband und der Handelskammer innert kürzester Zeit erfolgreich das Referendum ergriffen.

Manko Umwegverkehr

Das grösste Manko an diesem Projekt ist die Tatsache, dass Velofahrer stets am schnellsten

durch die Stadt von A nach B gelangen wollen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum man hierfür auf einem Ring um das Stadtzentrum herum fahren soll. Basel gilt schon heute als zweit-velofreundlichste Stadt der Schweiz (hinter Winterthur) – nicht zuletzt auch, weil hier die meisten Einbahnstrassen für die Velofahrer im Gegenverkehr geöffnet sind, was genau dem Wunsch nach einer schnellen Erreichung des Ziels entgegenkommt. Auch ist Basel in Punkto Velomobilität (Anteil Velofahrer am Gesamtverkehr) an der Spitze der Schweizer Grosstädte. Mit den 25 Mio. könnten wesentlich sinnvollere Massnahmen für den Veloverkehr realisiert werden, als einen Veloring zu bauen.

Sammelstrassen würden Funktion verlieren

Ein weiteres Problem, wenn auf verkehrsorientierten Strassen (wo Tempo 50 gilt) neu „Fahrradstrassen“ mit Tempo 30 installiert werden, ist, dass diese Strassen ihre Funktion als

**Umständlich von A nach B?
Direkt ist besser!**

**NEIN
zum unnötigen
Luxus-Veloring**

www.veloring-nein.ch

Sammelstrassen verlieren. Die Folge ist, dass die Strassennetz-hierarchie aufgehoben wird und der motorisierte Verkehr sich die schnellste Route durch die Quartiere sucht, was diese unnötig mit Verkehr belastet. Auch ist noch gar nicht klar, ob „Fahrradstrassen“ überhaupt

bundesrechtskonform sind. Im Moment sind sie es auf jeden Fall nicht, und der Bund führt deshalb Versuche auf dem St. Alban-Rheinweg und der Mülhauserstrasse durch, die provisorisch als „Fahrradstrassen“ markiert sind. Ende Herbst sind die Versuche beendet und

nächstes Jahr beschliesst das Bundesamt für Verkehr ASTRA, ob es eine Gesetzesänderung geben wird und somit die „Fahrradstrassen“ legalisiert würden. Sollte dies nicht der Fall sein, kann der Veloring gar nicht in seiner geplanten Form realisiert werden. Es besteht also auch

eine grosse Rechtsunsicherheit.

Fazit: Klares NEIN

Aus all diesen Gründen lehnt der Vorstand der LDP – wie vorher in der Beratung im Grossen Rat auch die Fraktion – diese unnöti-ge Initiative entschieden ab.

Alkoholausschank in Jugendbetrieben: Sinnvolle Lockerung statt Verbotskultur

„Verbotene Früchte schmecken gut“ heisst es – und das zählt auch für den Alkohol. Es ist deshalb sinnvoll, junge Menschen zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit Alkohol zu motivieren, statt mit einem Verbot zu unkontrollierten Exzessen zu reizen.



von Michael Hug, Präsident Jungliberale

In einer Motion forderten Grossrat Thomas Gander und weitere Motionäre, darunter die LDP-Grossräte André Auderset und Raoul Furlano, eine Änderung des § 30 des Gastgewerbe-gesetzes. Dieser verbietet den Ausschank von alkoholischen Getränken in Jugendbetrieben und in Schwimmbädern. Im Sinne einer zeitgemässen und realitätsnahen Prävention soll es in Zukunft möglich sein, Alkohol in Jugendzentren auszuschenken. Natürlich immer unter Einhaltung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen, welche den Ausschank von Spirituosen an unter 18-Jährige und von Wein sowie Bier an unter 16-Jährige verbieten. Die Beweggründe für die Gesetzesänderung die auch Fachpersonen unterstützen kann man wie folgt zitieren:

Nach Auffassung der Motionäre „(...) entspricht diese gesetzliche Einschränkung nicht dem heutigen Umgang von Jugendorganisationen mit der Thematik Alkoholkonsum von Jugendlichen. Sowohl die Lehre der Pädagogik wie auch die der Prävention halten eine Verbotskultur in dieser Frage

im professionellen Umfeld von Institutionen der Jugendarbeit für veraltet und nicht wirkungs-orientiert (...).

Junge Menschen sollen daher an speziellen Abendanlässen von Jugendzentren auch Alkohol begleitet konsumieren dürfen. Ausserhalb der Jugendzentren fehlt eine soziale Kontrolle, wodurch Alkohol anonym und unbegleitet getrunken wird. Weiter hätte das jahrelange generelle Alkoholverbot in Jugendzentren das Rauschtrinken gefördert und zu mehr Spitaleinweisungen sowie Lärm und Abfall im öffentlichen Raum geführt. Dies zeigten die Ereignisse rund um das Sommercasino in den vergangenen Jahren anschaulich.

Der Grosse Rat hat die Motion im Dezember 2016 mit grossem Mehr verabschiedet. Dagegen wurde das Referendum ergriffen. Die Gegenseite und Referendumsführerin, die sich durch einzelne Grossräte, Vertreter des Blauen Kreuzes sowie aus der Abstinenzbewegung konstituiert, glaubt nicht an diesen Weg der Prävention.

Die wirksamsten Präventionsmassnahmen seien erwiesenermassen die Erhöhung des Preises, die Minimierung der Werbung und die Einschränkung der Erhältlichkeit. Weiter seien auch Nikotin, Cannabis und andere Drogen verboten. Ausserdem dürfen die Jugendtreffpunkte nicht die Botschaft vermitteln, dass der Konsum von Alkohol zum „Coolsein“ dazugehöre. In einem weiteren Argument führte das Referendumskomitee auf, dass der Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen in besorgniser-

regendem Mass zugenommen habe, wobei sie sich auf eine Statistik des Bundes berufen. Diese Behauptung ist jedoch falsch, denn der Alkoholkonsum bei Jugendlichen geht stark zurück: so konsumierten 2002 noch 33 Prozent der Jungen und 22 Prozent der gleichaltrigen Mädchen mindestens einmal wöchentlich alkoholische Getränke – 2014 gingen die Werte zurück auf 10 Prozent bei den Jungen und knapp 6 Prozent bei den Mädchen (Quellenangaben: Statistik Sucht Schweiz). Ganz im Sinne des Slogans „Begleiten statt Bevormunden“ des neu gegründeten und breit abgestützten Komitees „Ja zur Änderung des Gastgewerbe-

gesetzes“ (www.jugendschutz-ja.ch), ist der Genuss und ein massvoller Umgang mit alkoholischen Getränken erfolgreicher als der realitätsfremde Anspruch auf totale Enthaltensamkeit, denn alkoholische Getränke sind überall verfügbar. Gerade aus liberaler Sicht und Denkweise soll man das eigenverantwortliche Handeln schon früh fördern. Darum empfehle der LDP-Vorstand ein Ja zu dieser vernünftigen Gesetzesänderung, denn im normalen Jugendzentrumsbetrieb wird Alkohol auch weiterhin nicht toleriert. Der Konsum soll nur bei kulturellen Veranstaltungen und an Festen von Personen ab 16 Jahren ermöglicht werden – sowie bei Vermietungen.

Verkehrssinitiativen eingereicht



Der Gewerbeverband Basel-Stadt hat Ende März seine Initiativen «Zämme fahre mir besser» und «Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer» mit je über 3800 Unterschriften eingereicht. Unterstützt wurde die Unterschriftensammlung auch von der LDP. Bei der Überreichung war LDP-Vertreter Gaston Schweizer (3. v. l.) mit dabei.

Energiestrategie 2050: Eine höchst umstrittene Vorlage

Die im Mai zur Abstimmung gelangende Energiestrategie 2050 ist in vielerlei Hinsicht sehr umstritten, wobei die „Gräben“ quer durch Parteien und Verbände gehen. So ist der Schweizerische Gewerbeverband für die Vorlage, der Gewerbeverband Basel-Stadt, der sich mit vielen Projekten im Bereich saubere Energie engagiert, hat dagegen deutlich die Nein-Parole beschlossen. Economiesuisse rettete sich in die Stimmfreigabe. Es dürfte deshalb die Aussage erlaubt sein, dass man als liberal und bürgerlich denkende Person sowohl dafür wie dagegen sein kann. Hier sollen die deshalb die Pro- und Contra-Argumente einander gegenübergestellt werden. Die Parteiversammlung hatte bei Redaktionsschluss noch nicht entschieden.

Weshalb JA zum Energiegesetz?



von Nationalrat Christoph Eymann

Nachdem der Bundesrat vor wenigen Jahren – auch beeinflusst vom Unfall in Japan – beschlossen hat, aus der Atomenergie auszusteigen, gilt es jetzt, den Weg zu zeigen, wie die künftige Energieversorgung aussehen soll.

In den nächsten Jahrzehnten wird es nicht möglich sein, in der Schweiz Kernkraftwerke zu bauen. Mir persönlich wäre es zwar lieber gewesen, zuerst zu überlegen, wie die Energieversorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft sicher gestellt werden kann, falls man künftig auf Kernkraft verzichtet. Dessen ungeachtet gilt es aber jetzt zu entscheiden.

Klar ist, dass mit einem weiteren Zeithorizont gearbeitet werden muss als mit den für die Politik üblichen vier Jahren. Das ist ungewohnt für uns. Gerade deshalb ist es wichtig, rechtzeitig zu beginnen, also jetzt. Ein Nein hilft nicht weiter, wir würden Zeit verlieren und es wäre weiterhin unklar, wie wir Strom produzieren.

Viele reden und schreiben ausschliesslich zum Problem des Ersatzes in der Stromproduktion. Fast niemand redet oder schreibt von der Erhöhung der Energieeffizienz. Wir dürfen uns nicht nur auf die Substituierung

des Stroms aus Kernkraftwerken konzentrieren, wir müssen auch den Einsatz, die Verwendung vorhandener Energie vermehrt beachten. Wenn wir sorgfältiger planen und bauen, kann enorm viel Energie eingespart werden. Die Fachhochschule Nordwestschweiz nimmt dabei eine führende Rolle ein. Gebäudehüllen, Böden, Fenster etc. können heute so gebaut werden, dass Energieverluste vermieden werden. Es gibt sogar Häuser, die Energie abgeben können. Dieses Geld wird hier bei uns eingesetzt, auch wenn Solar-Anlagen zum Teil im Ausland produziert werden. Ein wesentlicher Teil der geschätzten ca. 10 Milliarden Franken, die wir jährlich für fossile Energieträger und Uran ans Ausland bezahlen, kann künftig im Inland die Volkswirtschaft beleben.

Es geht kurzfristig nicht um Verbote, es geht um die Weichenstellung, um ein Umdenken. Das sollte jetzt beginnen, damit geben wir auch Schweizer Unternehmen eine Chance, einen grösseren Markt zu erschliessen. Wichtig dabei ist aber eine sichere Versorgung zu erschwinglichen Preisen auch in Zukunft. Nicht unwichtig ist auch, mit dem neuen Gesetz künftig weniger abhängig vom Ausland zu werden, insbesondere von Ländern, die politisch nicht stabil sind. Das Gesetz zeigt durchaus Züge, die uns Liberalen gefallen, es wird jetzt nicht mit Verboten operiert, es geht um Weichenstellungen. Ein Nein hat nichts Konstruktives zur Folge, mit einem Ja verbauen wir uns nichts, gewinnen aber Planungszeit und Sicherheit.

Das sind Gründe, weshalb ich Ja stimmen werde.

Weshalb NEIN zum Energiegesetz?



von Grossrat André Auderset

Die Crux an der von den Eidgenossen beschlossenen Vorlage ist einmal mehr, dass sie sehr ehrgeizige (man kann auch sagen unmögliche) Ziele setzt, dies aber in einem so weiten Zeithorizont, dass die heute politisch Verantwortlichen nicht mehr am Erfolg oder Misserfolg gemessen werden können. Und es wurden nicht mit Kübeln, sondern schon mit Badewannen so viele Subventionen ausgeschüttet, dass praktisch alle kritischen Branchen ruhiggestellt werden konnten.

Ein gutes Beispiel ist Economiesuisse-Präsident Heinz Karrer, der noch 2013 dezidiert und öffentlich die Ansicht vertrat, Solar- und Windenergie könnten die Ausfälle niemals ersetzen, die durch die Abschaltung der Atomkraftwerke entstünden. 2016 fand er dagegen fast nur lobende Worte für eine Strategie, die genau dies anstrebt. Ob sich denn die Voraussetzungen entscheidend geändert hätten, fragte ihn ein Journalist. „Nein“, antwortete Karrer, „die Voraussetzungen sind die gleichen.“ Geändert hätten sich aber die politischen Vorgaben – und Karrer kam dann gleich zum entscheidenden Punkt: Auch die Wasserkraft bekäme nun Subventionen.

Alles Staats-Manna ändert aber nichts an den Gesetzen der Physik. Selbst mit dem Anwachsen der erneuerbaren Energien von heute gut 1'700 auf 11'400 GWh, wie im Energiegesetz für 2050 vorgesehen, verbunden mit massiven Kosten und einer ebensolchen Landschaftsverhandlung durch Windräder, kann eine Strom-Autarkie in der Schweiz niemals erreicht werden. Strom lässt sich eben kaum speichern. Und ausgerechnet im Winter, wenn wir viel Strom brauchen, scheint die Sonne kaum und der Wind weht höchst unzuverlässig. Deutschland, das mit Milliardensubventionen Wind- und Sonnenenergie als Ersatz für Kernenergie pusht, zeigt das Desaster: Im Winter kommt der (dreckige) Strom aus Kohlekraftwerken, die im Sommer den Strommarkt überschwemmen und die (saubere) Wasserkraft in der Schweiz unrentabel machen. Die Schweiz wird bei einer Annahme der Energiestrategie von ausländischen Importen abhängig sein – Kohlestrom aus Deutschland oder Atomstrom aus Frankreich. Aber ob unsere Nachbarn liefern können? Im vergangenen Januar produzierten die 26'000 Windräder und 1,2 Mio. Solaranlagen in Deutschland kaum je mehr als 10 GWh. Benötigt wurden 70-80 GWh. In die Bresche sprangen Atomstrom, Gas und Kohle. Als Ausweg wird sich dann nicht einfach Energiesparen anbieten – dann reden wir von Energie-Zuteilungen und Zwangsverzicht, von rasant steigenden Energiekosten und damit einer massiven Teuerung. Und das wird den Schweizer Durchschnittshaushalt dann deutlich mehr kosten als die von den Befürwortern immer wieder genannten 40 Franken pro Jahr. Ein angesehenes Forschungsinstitut in Deutschland hat errechnet, dass eine Familie bis 2025 rund 25'000 Euro für die Energiewende aufzubringen hat. Die „Energiestrategie 2050“ ist keine Strategie, sondern ein naives Wunschpaket, welches bei einer auch nur annähernden Realisierung die Energieversorgung der Schweiz massiv gefährden und verteuern wird. Deshalb: Stimmen Sie Nein!

Basler Bürgerinnen und Bürger:

Mitbestimmen am 21. Mai!

Ist die Bürgergemeinde der Stadt Basel wichtig für Sie? Ganz klar „JA“! Sie nimmt in der Schweiz einen Sonderstatus ein im Vergleich zu Riehen, Bettingen und den meisten Gemeinden der Schweiz. Unser Kantonsparlament, der Grosse Rat und der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt übernehmen auch Aufgaben, die eigentlich eine Gemeinde erfüllen sollte. Es ist eine Basler Eigenart.

Was macht die Bürgergemeinde? Wichtiges, zum Beispiel die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern. Eine dafür bestimmte Kommission prüft die Gesuche und führt Gespräche mit den Leuten, die Schweizer und damit Basler Bürger werden wollen.

Die liebevolle Betreuung und Begleitung von Menschen mit einer Behinderung und die Betreuung und Pflege von betagten Menschen gehören ebenso zum Aufgabenbereich wie die Pflege des Waldes, die Führung des Waisenhauses und die Oberaufsicht über die Zünfte und die Christoph Merian Stiftung. All diese Leistungen erbringen ca. 1'500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die gesamte Bevölkerung des Kantons.

Der Bürgergemeinderat ist das politische Gremium, welches alle diese Tätigkeitsbereiche demokratisch steuert und auch überwacht. 40 Mitglieder sitzen im Stadthaus und bearbeiten die Geschäfte, die der Bürgerrat, dem sieben Mitglieder angehören, vorlegt.

Es geht am 21. Mai ums Mitbestimmen. Es ist nämlich wichtig, wer dort Ihre Interessen vertritt. Unsere Bitte an Sie: Gehen Sie wählen, äussern Sie Ihre Meinung mit dem Wahlzettel, die Teilnahme ist wichtig. Wir sollen unsere Rechte auch wirklich ausüben.

Es würde uns natürlich sehr freuen, wenn Sie Ihre Stimmen uns, der Liberal-Demokratischen Partei Basel-Stadt geben würden. Weshalb? Weil wir uns in der Bürgergemeinde und im Kanton zum Beispiel dafür einsetzen, dass Ausländerinnen und Ausländer hier gut integriert werden. Das bedeutet aber, dass wir von ihnen auch etwas verlangen. Nämlich, die hier geltenden Gesetze und Gepflogenheiten zu respektieren. Integration ist keine

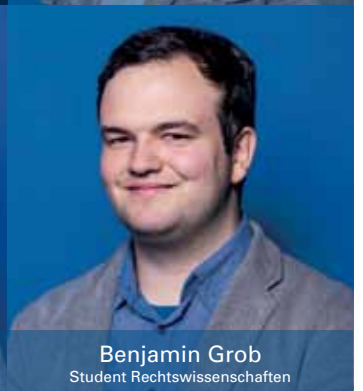
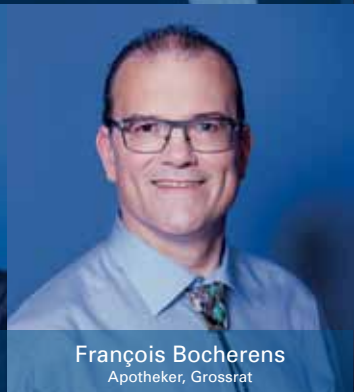
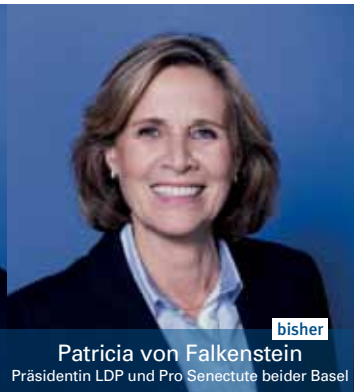
Bring-Schuld des Staates, Integration verlangt auch Leistungen der Leute, die von auswärts zu uns kommen, die Basel als neue Heimat ausgesucht haben. Es muss klar sein, dass die Basler „Hausordnung“ für alle gilt, egal, wie lange man schon hier ist. Ein weiteres Beispiel: Den Allermeisten von uns geht es gut. Aber nicht allen von uns. Menschen, die mit einer Behinderung geboren wurden oder wegen Krankheit oder Unfall körperlich oder psychisch beeinträchtigt sind, haben einen Anspruch auf gute Betreuung und Pflege. Das Bürgerspital bietet das und auch die Eingliederung in den Arbeitsmarkt wird unterstützt. Der LDP ist es ein Anliegen, dass im wohl reichsten Land der Welt auch an jene gedacht und für jene gehandelt wird, die es nicht so leicht haben im Leben.

Die Bürgergemeinde ist kein „alter Zopf“. Immer wieder müssen die Aufgaben an neue Bedürfnisse angepasst werden. Zum Beispiel bietet das Waisenhaus den Schulen Mittagstische an, weil diese nicht überall über die nötigen Infrastrukturen verfügen. Die LDP setzt sich dafür seit langer Zeit ein.

Uns als politischer Partei, die es bereits seit 112 Jahren gibt, ist es auch sehr wichtig, dass Basler Eigenheiten, unser Dialekt, Basler Bräuche und das „Baslerische“ erhalten bleiben und gepflegt werden.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie bei den Wahlen in den Bürgergemeinderat vom 21. Mai die Liste 3, Liberal-Demokratische Partei Basel-Stadt einlegen würden. Vielen Dank!

Die Kandidierenden (I)





Für Basel aus Tradition fortschrittlich denken und handeln.

Erfahrung zählt!

Was haben die Präsidentinnen der Pro Senectute und der Stiftung pro REHAB Basel, der Bäckermeister, die Apothekerin, der Anwalt, die Polizistin, der Grossrat und die Medizinerin gemeinsam?

Sie kandidieren auf der LDP Liste 3 für den Bürgergemeinderat und haben grosse Erfahrung in sozialen, gemeinnützigen und kulturellen Bereichen, in Rechtsfragen, in der Unternehmensführung, in der Lehrlingsausbildung, in gewerblichen Berufen und in der Politik.

Diese vielseitigen Erfahrungen sollen im Bürgergemeinderat der Basler Bevölkerung zugute kommen.

Erfahrung für die
Basler Bevölkerung nutzen.

LDP LISTE 3

Integration: fördern und fordern!

Ohne deutsche Sprachkenntnisse ist die Integration von Ausländerinnen und Ausländern schwierig. Ohne Kenntnisse unserer Lebensgewohnheiten und Traditionen ebenfalls.

Darum bietet die Bürgergemeinde Basel Einbürgerungskurse an, in denen Wissen über Gemeinde, Kanton und Bund vermittelt wird.

Die Liberal-Demokraten wollen, dass Jugendliche, die ihre Schul- und Ausbildung in Basel durchlaufen haben und Erwachsene, die wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen, sich einbürgern lassen.

Wir verlangen aber, dass unsere Rechtsordnung akzeptiert und alle Pflichten erfüllt werden. Unter diesen Voraussetzungen setzen wir uns für gute Bedingungen für die Einbürgerung ein.

Für ein Zusammenleben in Toleranz,
Respekt und Solidarität.

LDP LISTE 3

Basler Bürgerinnen und Bürger setzen sich für die ganze Bevölkerung ein.

Nur Basler Bürgerinnen und Bürger, die zudem in der Stadt Basel wohnen, können für den Bürgergemeinderat kandidieren.

Die Bürgergemeinde ist mit ihren Institutionen für die ganze Bevölkerung da: für Jugendliche in schwierigen familiären Umständen, für Ältere, für Pflegebedürftige und für Menschen mit einer Behinderung.

Wir wollen uns für die schwächeren Mitglieder unserer Gesellschaft stark machen!

Wir haben die Erfahrung, wir haben innovative Ideen, sei es im Bereich der Kinder- und Jugendbetreuung, oder in Bezug auf neue Wohnformen für ältere Menschen. Als Liberal-Demokraten achten wir auf Bedürfnisse und Entfaltungsmöglichkeiten der Einzelnen. Wir fördern aber auch die Eigenverantwortung.

Für eine starke Bürgergemeinde.

LDP LISTE 3

Bürgergemeinderatswahlen
21. Mai 2017



LDP Riehen/Bettingen: Daniel Hettich strebt Sitz im Gemeinderat an

Der Vorstand der LDP Riehen/Bettingen nominierte zu Handen der Parteiversammlung Daniel Hettich als neuen Kandidaten. Für die kommenden Wahlen in den Gemeinderat Riehen tritt der verdiente Finanzchef Christoph Bürgenmeier nicht mehr an.



von David Schweizer, Präsident LDP Riehen/Bettingen

Als neuen Kandidaten für den Rieheiner Gemeinderat hat der Vorstand der LDP Riehen/Bettingen zu Handen der Mitgliederversammlung Daniel Hettich, 56, nominiert. Der abtretende aktuelle LDP-Gemeinderat Christoph Bürgenmeier übernahm 1994 den Bereich Liegenschaften und Finanzen, dem er auch heute, 23 Jahre später, noch vorsteht. Riehen und die LDP Riehen/Bettingen schulden Christoph Bürgenmeier grossen Dank. Der nominierte neue Kandidat, Daniel Hettich, Eidg. Dipl. Schreinermeister, ist verheiratet mit Claudia und Vater von zwei

Kindern (17 Jahre und 22 Jahre). Er ist in Riehen aufgewachsen, hat im grünen Dorf auch seine Schulzeit und 1979 seine Berufsausbildung als Schreiner abgeschlossen. Danach war er fast zwei Dekaden als Schreiner und als Schreinermeister in einem Traditionsbetrieb in Basel in der Verantwortung. Hettich ist die Ausbildung wichtig, und so absolvierte er stetig Weiterbildungen und ist heute Chefexperte des Gewerbeverbandes für den Schreinerberuf.

Vor 18 Jahren entschied sich Daniel Hettich dafür, ein eigenes Unternehmen zu betreiben. Die Schreinerei Hettich ist heute ein gut verankertes und leistungsfähiges Unternehmen für Schreinerei- und Küchenlösungen für die Region mit Sitz und Produktion in Riehen (www.hetti.ch). Seit 2014 ist der erfolgreiche Handwerksunternehmer Hettich für die LDP Riehen im Einwohnerrat und wurde 2016 in den Basler Grossen Rat gewählt. Als Fraktionspräsident der LDP Riehen stellt er seine Führungs-



qualitäten unter Beweis. Die zielgerichtete politische Karriere zeigt, dass Daniel Hettich die besten Voraussetzungen für das Exekutivamt eines Gemeinderates mitbringt.

In seiner Freizeit treibt Hettich gerne Sport. Er ist Leiter einer Laufgruppe des Turnvereins Riehen, TVR. Er ist aktiver Wintersportler und er beschäftigt sich zum Ausgleich leidenschaftlich mit der Restauration von Motorrädern. Der in politischen und

Für das lokale Gewerbe

Im Grossen Rat störte sich Hettich an der Praxis der zuständigen Behörden bei der Vergabe von Aufträgen. Andere Gemeinwesen schafften es, lokale Anbieter in vermehrtem Masse zu berücksichtigen, ohne die übergeordneten Vorschriften zu missachten, schreibt er in einem Anzug und beklagt, dass oft nur der Preis zähle, selbst wenn die Differenz zwischen einem auswärtigen Anbieter und einem aus dem Kanton oder der Region sehr gering sei. Hettich fordert den Regierungsrat auf, zu prüfen und zu berichten, wie das lokale und regionale Gewerbe besser Berücksichtigung finden könne. Damit könnten Pannen, wie die im Theater Basel vermieden werden, die den Kanton letztlich beträchtlich mehr Geld gekostet haben. Es gehe um die Ausnutzung des vorhandenen Spielraums für das Gewerbe.

finanziellen Themen trittsichere Wunschkandidat des Präsidenten und des Vorstandes der LDP Riehen hat grosses Interesse an der Kandidatur und zeigt dafür auch viel Engagement. Die Parteiversammlung der LDP Riehen wird am 10. Mai über die Nomination von Daniel Hettich entscheiden.

Aus dem Nationalrat: Eine turbulente Session



von Nationalrat Christoph Eymann

Im Mittelpunkt der Frühjahrs-session stand die Revision der Altersvorsorge. Die Revision ist dringend notwendig, weil die Finanzierung der AHV und auch der 2. Säule in Zukunft nicht

gesichert ist. Die an sich sehr erfreuliche Tatsache, dass wir statistisch ein laufend höheres Durchschnittsalter erreichen, bringt bekanntlich die Schwierigkeit mit sich, dass mehr Rentenjahre finanziert werden müssen als noch vor einigen Jahren. Die demographische Veränderung zwingt zu neuen Ideen hinsichtlich Finanzierung. Über die Inhalte ist viel berichtet worden, an dieser Stelle geht es nicht um die Details.

In der entscheidenden Abstimmung habe ich mich gegen die Vorlage ausgesprochen. Dies deshalb, weil ich die Erhöhung für Neurentner von 70 Franken pro Monat problematisch finde. Wir würden einen Ausbau konzessionieren, allerdings nur für die neu ins Rentenalter Eintre-

tenden. Bezahlen an diesen Mehraufwand müssen auch die, welche heute bereits eine Rente beziehen. Zudem hätten wir in der AHV erstmals seit ihrer Einführung eine Situation mit zwei unterschiedlichen Rentenhöhen. Das wichtige Prinzip, wonach alle eine gleich hohe Rente erzielen können, würde durchbrochen. Eine solche „Zweiklassen-Gesellschaft“ ist der AHV fremd.

Schon in der Entstehungsgeschichte dieser Vorlage waren die Schwierigkeiten erkennbar: Der Ständerat liess verlauten, ohne die Erhöhung um die 70 Franken würde er nie zustimmen - und der Nationalrat äusserte sich ähnlich entschlossen im ablehnenden Sinn. Der Weg für einen in unserem Land üblichen

Kompromiss war vor diesem Hintergrund nicht mehr frei. Das Volk hat im Herbst zu entscheiden.

Sollte die Vorlage abgelehnt werden, müsste man rasch nachbessern. Dabei darf man aber nicht vergessen, dass es sehr schwierig ist, solche Vorlagen gegen die SP durch zu bringen; das haben wir bei der Abstimmung zur Unternehmenssteuerreform III gesehen. Auch besteht die Gefahr, den eigenen finanzpolitisch motivierten Standpunkt nicht kommunizieren zu können und demzufolge als bürgerliche Kraft in die Ecke der Nein-Sager in sozialen Fragen gedrängt zu werden. Vor den Volksabstimmungen im kommenden Herbst wird sich die LDP zur Vorlage äussern können.

GV der Jungliberalen: Neu Mitglied der Jungfreisinnigen Schweiz

An der Generalversammlung haben die Jungliberalen Basel-Stadt nahezu Historisches beschlossen: Man wird als eigenständige Sektion Mitglied der Jungfreisinnigen Schweiz. Dazu wurden die Parolen für die Abstimmungen vom 21. Mai gefasst und der Vorstand wurde verstärkt.

An der sehr gut besuchten Generalversammlung konnte der Präsident Michael Hug gestern zahlreiche Gäste begrüßen, darunter Nationalrat Dr. Christoph Eymann, Grossrätin und Parteipräsidentin der LDP, Patricia von Falkenstein und der Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz, Andri Silberschmidt. Historisches ereignete sich unter dem Traktandenpunkt sieben, wo sich die Mitglieder der Jungliberalen einstimmig für eine Statutenänderung aussprachen, die den Anschluss der Jungliberalen Basel-Stadt als Sektion der Jungfreisinnigen

Schweiz besiegelte. Dies ist die Folge der Bemühungen seitens der Jungfreisinnigen Schweiz, die für den Kanton Basel-Stadt mit einem einstimmig gefassten Beschluss des Kongresses beschlossen, in Basel zwei gleichberechtigte Sektionen zu erlauben. Diese mit den jeweils gleichen Rechten und Pflichten. So erhält Basel-Stadt in Zukunft an den Delegiertenversammlungen der Jungfreisinnigen Schweiz mehr Gewicht als Zürich.

Weiter wurde der Vorstand wie folgt erweitert: Ilaria Ianieri, Xaver Dill und Darius Schlaeppli

wirken neu im Vorstand als Beisitzer und ergänzen den bestehenden Vorstand der sich nun wie folgt zusammensetzt:

- Michael Hug, Präsident;
- Diana Blome, Vizepräsidentin;
- Adrienne Strahm, Aktuarin;
- Martina Oetiker, Kassierin (neu, Beisitzerin bisher);
- Lukas Hug, Besitzer (bisher Kassier);
- Benjamin Grob, Beisitzer;
- Emélie Dunn, Beisitzerin;
- Ilaria Ianieri, Beisitzerin (neu);
- Xaver Dill, Beisitzer (neu);
- Darius Schlaeppli, Beisitzer und Webmaster (neu).

An der nachfolgenden Mitglie-

derversammlung wurden die Parolen zu den Abstimmungen vom 21. Mai 2017 gefasst. Nach spannenden Diskussionen und Inputs des Nationalrats, sowie der Referentinnen und Referenten, kam man zu folgenden Ergebnissen:

Kantonale Abstimmungsvorlagen

- Grossratsbeschluss vom 9. November 2016 betreffend kantonale Volksinitiative „für eine ringförmige Velo-Komfortroute (Veloring-Initiative): NEIN.
- Grossratsbeschluss vom 7. Dezember 2016 betreffend Änderung des Gesetzes über das Gastgewerbe (Gastgewerbegesetz, Ausschank von Alkohol in Jugendzentren): JA

Eidgenössische Abstimmungsvorlage

- Energiegesetz: STIMMFREIGABE.

Wir können auch Fasnacht

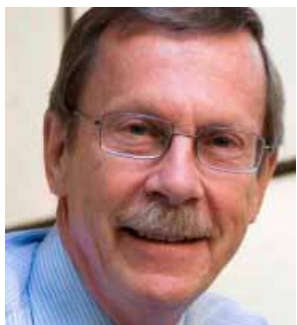


Natürlich fehlt bei der Liberal-Demokratischen Partei die nötige Ernsthaftigkeit nicht, wenn es um die Behandlung von politischen Geschäften im Grossen Rat oder in einer der vorberatenden Kommissionen geht. Bekanntlich gibt es in Basel aber eine Zeit, in der eine gewisse Anarchie und vor allem der Humor herrschen darf: Die Fasnacht. Wobei es ein ebenso verbreitetes wie falsches Gerücht ist, dass dieses Ereignis drei Tage dauere: Die Fasnacht dauert viel länger! So gibt es die Vorfasnachtsveranstaltungen - und dort als älteste das Zofinger-Conzärtli, an dem nicht selten auch LDP-Exponenten auf die Schippe genommen werden, manchmal sogar von LDP-Exponenten selbst. 2017 traf es wie bereits im Vorjahr LDP-„Berufskleinbasler“ André Auderset, der wiederum auf der Bühne vom Jungliberalen-Chef Michael Hug und seinem Bruder Lukas (hier - und nur hier - deutlich rechts von Auderset stehend) auf die Rolle geschoben wurde. LDP-Grossrat Heiner Vischer (Foto links) wurde mit einem Haifisch-Kostüm beschenkt, da er doch bei den Wahlen gerne mit der Wortkombination „HeiVisch“ kokettiert. Und selbstverständlich liess er es sich nicht nehmen, die Verkleidung auch gleich zu probieren und den ganzen Abend zu tragen.

Fotos: Carmen Kolp /Martina Rutschmann.

Gesundheitspolitik beider Basel: Ja zur Schaffung einer gemeinsamen Spitalgruppe

Die LDP begrüsst die gemeinsame Spitalplanung beider Basel sowie die Schaffung einer gemeinsamen Spitalgruppe. Diese soll der Bevölkerung dienen und zusammen mit der medizinischen Fakultät der Universität eine erstklassige medizinische Versorgung der Region garantieren.



von Hans-Rudolf Bachmann,
LDP Gesundheitsgruppe

Die gemeinsame Spitalplanung für Basel-Stadt und Baselland macht Sinn. Das Gesundheitswesen in der Schweiz steht vor immensen Herausforderungen. Dezentralisierte, unkoordinierte Angebote für kranke Menschen lösen hohe Kosten aus, belasten den administrativen Prozess und verschlechtern die Betreuung der Patienten. Grundversorgung und hochspezialisierte Medizin zu koordinieren steigert die Qualität der Versorgung der betroffenen Menschen und führt gleichzeitig zu den dringend notwendigen Kosteneinsparungen. Um dieses Ziel kostengünstig und patienten-freundlich zu erreichen, ist eine optimale Organisation/Struktur nötig.

Optimal = kantons- übergreifend

Eine solche ist nur kantonsübergreifend realisierbar. Vernünftig wäre deshalb, fünf bis neun schweizerische Gesundheitsregionen zu schaffen. Es ist zu erwarten, dass der Bund zunehmend fordern wird, medizinische Schwerpunkte zu bilden. Aufgrund der Grösse und des medizinischen Gewichts (Anzahl Fälle etc.) ist dabei Zürich jeweils „gesetzt“. Aus föderalistischen Gründen muss ein zweites Zentrum in der Romandie berücksichtigt werden. Als Nummer drei kommt z. Zt. nur Bern in Frage, weil das USB oder das KSBL je für sich kleiner sind als Bern.

Zusammen Nr. 3

Nur zusammen sind die Spitäler beider Basel in Verbindung mit der medizinischen Fakultät der Universität die Nummer drei mit entsprechender Forschungsmöglichkeit. Dieser Aspekt ist für die Life-Science-Industrie und damit für den Wirtschaftsstandort von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Die Liberal-Demokratische Partei Basel-Stadt begrüsst die Absicht der beiden Basel im Spitalbereich enger zusammen zu arbeiten und dazu eine gemeinsame Spitalgruppe zu bilden. Diese soll der Bevölkerung dienen und zusammen mit der medizinischen Fakultät eine erstklassige medizinische Versorgung garantieren. Bezüglich Trägerschaft fordert die LDP eine Struktur, welche eine Beteiligung für weitere Gebietskörperschaften (etwa Solothurn, Aargau, Elsass oder Baden-Württemberg) möglich macht. Daraus ergibt sich die Forderung nach einem Stimmrecht entsprechend der finanziellen Beteiligung.

Bruderholz-Initiative ist kontraproduktiv

Bezüglich Bruderholzspital fordert die LDP: Die Initiative, die darauf abzielt dieses zu erhalten, ist abzulehnen. Die Erhaltung eines „Bruderholzspitals“ aus rein politischen Gründen, so wie es die Initiative fordert, liegt weder im Interesse der Patienten noch der Kantone und der Steuerzahler. Die Schaf-

fung einer Rehabilitations- und einer Tagesklinik für ambulante Eingriffe auf dem Bruderholz ist allein schon aufgrund des Standortes (ÖV schlecht erschlossen) nicht optimal. Die Realisierung einer damit verbundenen Orthopädieklinik ist aufgrund des regionalen Bettenangebots in dieser Disziplin unnötig. Ohnehin werden auch in Zukunft die komplexen orthopädischen Eingriffe an den Standorten Basel und Liestal gemacht werden müssen.

Sinnvolle Permanenzen

Die Permanenzen, in denen auch einfache ambulante Eingriffe gemacht werden können, sind sinnvoll und sollen unter Einbezug der Hausärzte an Orten in der Region realisiert werden, welche die Bevölkerung schnell und unkompliziert erreichen kann. Sie würden die Notfallstationen der Spitäler entlasten.

Private Institutionen einbeziehen

Die privaten Spitäler, die mit rund einem Viertel der angebotenen Betten der Region eine wichtige Funktion ausüben, müssen als gleichberechtigte Partner in die Planung einbezogen werden. Die Basler Privatspitäler Merian-Iselin, Bethesda und Clara sowie die Kliniken Hirslanden dürfen im Rahmen der Neustrukturierung des öffentlichen Spitalangebots nicht benachteiligt werden.



Privatspitäler wie das Merian Iselin (links) oder das Clara-Spital müssen als gleichberechtigte Partner in die regionale Spitalplanung einbezogen werden.

Glosse: Wildes von Regierungsrat und Parlament

Es gibt viele Themen, die die beiden Basel beschäftigen und verbunden damit auch gewichtige Probleme. Deshalb ist es sicher richtig, dass sich die Regierungen der beiden Basler Halbkantone zum persönlichen Gespräch treffen. Das haben die beiden Exekutiven auch wieder einmal getan und ein wichtiges Geschäft behandelt: Das Leitbild Wild beider Basel. Ähnlich stark in der Prioritätensetzung sind auch einige Persönlichkeiten im Grosse Rat.



von Grossrat André Auderset

„Die Regierungsräte der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben an ihrer gemeinsamen Sitzung den aktuellen Stand der Bearbeitung des Leitbilds Wild beider Basel zur Kenntnis genommen (...) und beschlossen, die bikantonale Zusammenarbeit um den Bereich der Jagd zu erweitern“, so liest man es in einer Medienmitteilung unserer geschätzten Staatskanzlei. Und ist erstaut: Da stehen enorm wichtige Geschäfte an, bei denen der Hausseggen zwischen den beiden Basel mehr oder weniger schief hängt, wie das Schicksal der Uni, die regionale Spitalplanung oder die Abgeltung von Zentrumsleistungen und die beiden Regierungen unterhalten sich über... die Jagd. Vielleicht darum, weil es das

einzigste Thema war, in dem man sich einigen konnte? Oder tagte man im Wildtschen Haus und war darum inspiriert? Es soll ja nicht bestritten werden, dass es in diesem Bereich wichtige Themen gibt, z. B. die Wildschweinplage in Riehen. Womit ausdrücklich nicht diejenigen dortigen Volksvertreter gemeint sind, die mit allen Mitteln am liebsten eine ganze Polizeikaserne in unserer geschätzten Landgemeinde installieren möchten. Vielleicht halten es die Regierungen mit der Prioritätensetzung aber einfach wie gewisse Grossratsmitglieder, die auch nach dem Motto „je hirnrissiger desto besser“ ihre Anzüge oder Motionen einreichen. Um gleich in Riehen zu bleiben: Da fordert einer doch tatsächlich ein spezielles Grabmahl für FCB-Anhänger auf dem Hörnli. Also Xhaka Mahal statt Taj Mahal? Sinnbefreite Vorstösse sind aber kein Privileg einer Partei. Von links kamen schon Wünsche nach Hundezonen auf dem Marktplatz („Solandet“ man Treffer) oder kostenloser Entsorgung von Kinderwindeln (die damalige Anzugstellerin ist heute notabene SP-Präsidentin). Und ganz aktuell das Bestreben des Grünen Bündnisses, die

Verbotskultur wieder etwas zu befördern, in dem Michael Wüthrich (der sonst „nur“ Autos, Roller, den Flugverkehr und Handyantennen verbieten will) mit einer Motion forderte, den Wirten doch wieder Material, Farbe und Masse des Aussenmobiliars vorzuschreiben. Mit vereinten bürgerlichen Kräfter gelang es, das unerwartet vom Baudepartement gewährte bisschen Freiheit zu bewahren. Und wenn wir gerade bei gaaaanz Wichtigem sind: Toya Krumenacher möchte mit einem Anzug „betreffend Obstbäume in Parkanlagen für die Bevölkerung“ dafür sorgen, dass ihr Göttikind das Znüni direkt vom Baum pflücken kann. Und in einem weiteren Vorstoss beklagt sie, dass es in Basel zwar 30 Trinkbrunnen gibt, es für kürzer geratene Personen aber eher schwierig sei, dort eine Flasche zu füllen. Auch hier soll der Staat Abhilfe schaffen. Nun, da der Grosse Rat mit gutem Vorbild in Sachen Prioritätensetzung gegläntzt hat, sind wir sehr gespannt, wie die Regierungen der beiden Basel den Ball aufnehmen. Als Themen für Sitzungen böten sich an: Bikantonalerkehr- und Wischplan für Grenzstrassen oder Badekapenpflicht für Rheinschwimmer.

4010 Basel

PP

Liberal

Forum für liberale Politik
in der Region Basel

April 2017

Preis
Einzelpreis CHF 4.00,
Jahresabonnem CHF 18.00

Auflage
rund 1180'000 Exemplare
erscheint 4-6 Mal jährlich

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion
André Auderset

Redaktionsadresse
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43

Herstellung
Gremper AG, Basel/Pratteln

Denken Sie auch liberal?

- Ja, deshalb möchte ich Mitglied werden
- Ja, deshalb möchte ich mehr Infos über die LDP

.....
Name und Vorname

.....
Adresse

Bitte einsenden an die rechts angegebene Adresse der LDP-Geschäftsstelle oder via info@ldp.ch.